

Konsolidierungskurs für die Kinder- und Jugendhilfe – Ausgabenentwicklung stagniert

Die Kinder- und Jugendhilfe musste sich bis zum Jahre 2003 immer wieder der Kritik stellen, dass die öffentlichen Ausgaben kontinuierlich gestiegen sind. Zwischen 2003 und 2004 waren die finanziellen Aufwendungen nominal erstmals auf dem gleichen Niveau geblieben. Dieser Trend hat sich ein Jahr später, bis 2005, weiter fortgesetzt.

Im Jahre 2005 beliefen sich die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe auf insgesamt 20,755 Mrd. EUR. Gegenüber dem Jahr 2004 (20,671 Mrd. EUR) sind die Ausgaben damit praktisch gleich geblieben (+0,4%). Berücksichtigt man die allgemeine Preissteigerung von 2,1% für den benannten Zeitraum, so ergibt sich sogar ein Ausgabenrückgang von 1,7%.

Zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern zeigen sich leichte Unterschiede. Während die Ausgaben in Westdeutschland (einschl. Berlin) zwischen 2004 und 2005 nahezu keine Veränderung erfahren haben (+0,2%, preisbereinigt -1,9%), sind die Ausgaben in den östlichen Ländern minimal gestiegen (+1,0%). Preisbereinigt handelt es sich dabei allerdings um einen Rückgang in Höhe von 1,1%.

Eine interessante Entwicklung zeigt sich bei den Einnahmen, die sich aus Teilnehmerbeiträgen, Gebühren und sonstigen Rückflüssen zusammensetzen. Die Einnahmen sind zwischen 2004 und 2005 merklich zurückgegangen (-4,3%). Damit setzt sich ein Trend der Jahre 2003 und 2004 (-3,5%) weiter fort. Reduziert haben sich dabei zuletzt sämtliche Einnahmearten.

Rückgang der Ausgaben für Kitas im Westen

Analysiert man die Entwicklung in den westlichen Bundesländern nach den drei großen Arbeitsfeldern, zeigt sich erstmals ein Rückgang der Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder. Die Ausgaben sind um 0,7% bzw. 68 Mio. EUR zurückgegangen (vgl. Abb. 1). Eine Erklärung hierfür ist sicherlich der anhaltende Rückgang der Kinder im Vorschulalter. Zwischen 2004 und 2005 hat diese Altersgruppe um 65.000 Kinder abgenommen (-3%). Dieses Ergebnis verweist aber auch darauf, dass die auf Grund des demografischen Wandels freiwerdenden Ressourcen nicht

vollständig im System bleiben, z.B. um den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige zu fördern oder um die Angebotsqualität zu verbessern, wie es von der Fachwelt immer wieder gefordert wird (vgl. Deutscher Bundestag 2005).

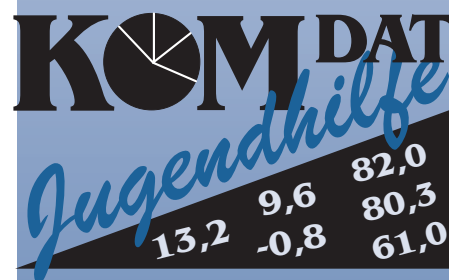
Für die Kinder- und Jugendarbeit ist zwar ein Ausgabenanstieg zu konstatieren (+2,8%), allerdings darf man dabei nicht außer Acht lassen, dass es zwischen 2002 und 2004 einen deutlichen Rückgang von immerhin 8,5% oder auch 95 Mio. EUR gegeben hat.

Die stärkste Zuwachsrate mit 6,5% ist bei den finanziellen Aufwendungen für familienunterstützende und familienergänzende, also den ambulanten Hilfen zur Erziehung zu verzeichnen. Damit setzt sich ein Trend aus den letzten Jahren weiter fort. Allerdings sind die Ausgaben für die familienersetzenden Erziehungshilfen erstmals seit zehn Jahren rückläufig (-0,7%). Zu beobachten sind allerdings deutliche Differenzen zwischen der Vollzeitpflege und der Heimerziehung. Während die Ausgaben für die Vollzeitpflege um 6,9% stiegen, gingen die Ausgaben für die Heimerziehung um 2,5% zurück.

Anstieg der Ausgaben für Kitas im Osten

Die arbeitsfeldspezifische Analyse für die östlichen Bundesländer zeigt, dass 2005 erstmals seit 1993 mehr für Kindertageseinrichtungen im Vergleich zum Vorjahr ausgegeben worden ist (+2,9%) (vgl. Abb. 1). Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Geburtstief (Geburtsjahrgänge 1994 und 1995) in-

- Insgesamt: Konsolidierung der öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe setzt sich 2005 fort.
- West: Ausgabenrückgang in Kindertageseinrichtungen, Heimen und beim Personal in den Jugendämtern.
- Ost: Kinder- und Jugendarbeit wird aufgebaut. Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen sind gestiegen.



Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW

Editorial

Kom^{Dat} steht ganz im Zeichen der Aktualität. Gemeint ist damit diesmal nicht nur die Kommentierung der neuesten Ergebnisse, sondern auch die Erläuterung der Veränderungen beim Erhebungskonzept der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Im Fokus des Heftes stehen gleichwohl aktuelle Trends. So signalisieren die Daten zu den finanziellen Ausgaben keinen weiteren Anstieg, sondern eine Konsolidierung der Gesamtaufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe. Allerdings ist dies das Resultat divergierender regionaler und arbeitsfeldspezifischer Entwicklungen. Keineswegs stabil zeigt sich das Fallzahlenvolumen bei den familienersetzenden Hilfen zur Erziehung. Vielmehr ist seit dem Jahre 2000 die Zahl der Heimunterbringungen zurückgegangen und die der Vollzeitpflegehilfen gestiegen. Dies schließt an Trends der 1980er-Jahre an.

In den nächsten Wochen werden seitens der amtlichen Statistik politisch relevante Daten zu den Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege sowie zu den Fachkräften erwartet. Einen Anfang hat Baden-Württemberg Mitte Dezember gemacht. Kom^{Dat} greift erste Eckwerte auf.

Inhalt

Schwerpunktt Themen

- Konsolidierungskurs für die Jugendhilfe . . . 1
- Umsteuerung bei den Hilfen zur Erziehung setzt sich weiter fort 2

Fremdbeitrag

- Neukonzeption der Statistik zu den Hilfen zur Erziehung ab 2007 4

Kurz und prägnant

- Weiterer Rückgang junger Menschen . . . 5
- Baden-Württemberg: Erste Ergebnisse der neuen »Kita-Statistik«. 5

Notizen

- Literatur, Statistische Ämter, Neues aus der Arbeitsstelle 6

zwischen alle kindertageseinrichtung-relevanten Jahrgänge durchlaufen hat.

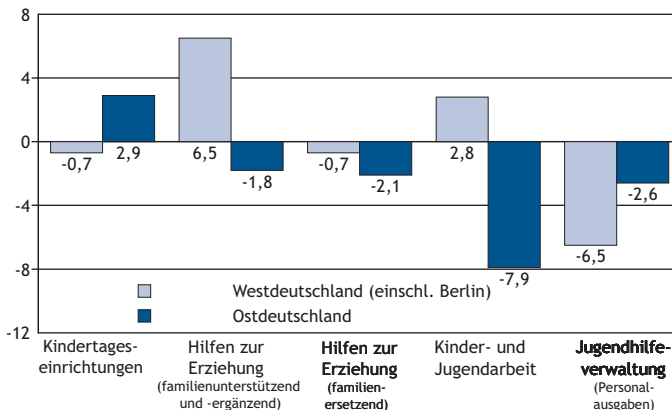
Bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit ist weiterhin ein deutlicher Rückgang zu beobachten, zwischen 2004 und 2005 um nicht ganz 8%. Ebenfalls rückläufig im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für familienunterstützende und -ergänzende Leistungen einerseits (-1,8%) sowie familienersetzende Hilfen andererseits (-2,1%).

Sinkende Ausgaben für Jugendämter

Der gemeinsame Trend in beiden Landesteilen besteht darin, dass die Personalausgaben für die Jugendhilfeverwaltung merklich zurückgegangen sind. In den östlichen um 2,6% und in den westlichen Ländern sogar um 6,5%. Hierbei ist noch genauer zu prüfen, inwieweit mög-

licherweise Zuordnungsschwierigkeiten des jugendhilferlevanten Personals in größeren Fachbereichen der Kommunalverwaltung zu statistischen »Verlusten« geführt haben. Wenn dieser Befund nicht auf ein statistisches Artefakt zurückgehen sollte, erscheint er bedenklich. Denn angesichts der ins öffentliche Bewusstsein getretenen Bedarfe zur Sicherung und Gewährleistung des Kindeswohls wäre zu fragen, ob ein Abbau der Fachkräfte in den Jugendämtern – und für nichts anderes würde die-

Abb. 1: Veränderungen in der Höhe der Ausgaben für ausgewählte Segmente der Kinder- und Jugendhilfe (West- und Ostdeutschland; 2004, 2005; Angaben in %)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

ses Datum stehen – den offensichtlich steigenden Anforderungen für die Sozialen Dienste noch gerecht wird.

Matthias Schilling

Umsteuerung bei den Hilfen zur Erziehung setzt sich weiter fort

Zahl der familienersetzenden Hilfen rückläufig

Häufig sind die ganz einfachen Fragen die, die am schwierigsten zu beantworten sind. Das scheint in der Kinder- und Jugendhilfe für familienersetzende Hilfen zur Erziehung, also Formen der Vollzeitpflege sowie der Heimerziehung und des betreuten Wohnens nicht anders zu sein. Auf die Frage, wie viele Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Deutschland in Pflegefamilien bzw. in Einrichtungen der Heimerziehung leben, kann man derzeit nur alle fünf Jahre mit einem verlässlichen Datum antworten. Das hat nichts mit der jugendhilfepolitischen Relevanz zu tun, sondern ist auf den so genannten »Fortschreibungsfehler« bei der jährlichen rechnerischen Bestandsfortschreibung für die genannten Hilfen zur Erziehung zurückzuführen (vgl. Schilling 2002). Zum 31.12.2005 ist nach dem Jahre 2000 der Bestand für die familienersetzenden Hilfen seitens der Jugendämter turnusgemäß gezählt und entsprechend der Auskunftspflicht an die Statistischen Landesämter übermittelt worden. Erfasst wurden für die Bundesrepublik zum angegebenen Stichtag 112.170 so genannte Fremdunterbringungen, davon 50.364 Vollzeitpflegemaßnahmen sowie 61.806 Maßnahmen der Heimerziehung und des betreuten Wohnens. Damit wurden 6.546 oder auch 5,5% weniger Hilfen als noch zum Ende des Jahres 2000 gezählt.

Rückgang der Heimerziehung, Anstieg der Vollzeitpflege

Der für die letzten Jahre zu konstatierende Rückgang bei den Fremdunterbringungen außerhalb der Herkunftsfamilie signalisiert möglicherweise eine Trendwende. Vor allem auf Grund der Entwicklungen bei der Vollzeitpflege sowie dem Ausbau betreuter Wohnformen insgesamt war noch für die 1990-Jahre ein Anstieg der Fallzahlen festzustellen (vgl. Fendrich/Pothmann 2005). Der zwischen 2000 und 2005 zu beobachtende Rückgang bei den Fremdunterbringungen verbirgt allerdings unterschiedliche Entwicklungen. Während bei der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) die Zahl der Hilfeempfänger/-innen in diesem Zeitraum von

48.993 auf 50.364 geringfügig zugenommen hat (+2,8%), ist die Zahl der Heimerziehungen (§ 34 SGB VIII) um knapp 8.000 von 69.723 auf 61.806 zurückgegangen (-11,4%).

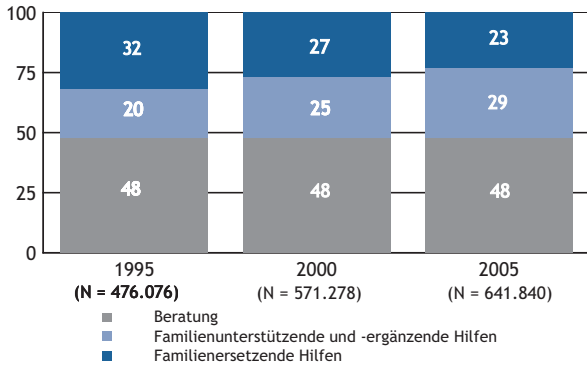
Zeichnet sich hier möglicherweise die Entwicklung der Vollzeitpflege als eine generelle Alternative zur Heimerziehung ab? Wohl kaum. Trotz dieser für die Vollzeitpflege im Vergleich zur Heimerziehung positiven Zwischenbilanz kann nach wie vor keine Rede davon sein, dass die hohen Erwartungen Ende der 1980er-Jahre zur Zukunft der Vollzeitpflege nunmehr eingelöst werden (vgl. Kom^{Dat} 1/06). Allein dafür ist – um nur einen Indikator zu nennen – die Fallzahlenzunahme vergleichsweise marginal, zumal sich die Gewichtung

zwischen Vollzeitpflege und Heimerziehung nur unwesentlich zu Gunsten der Vollzeitpflege verändert hat. Lag die prozentuale Verteilung zwischen Vollzeitpflege und Heimerziehung zum Ende der Jahre 1995 und 2000 bei 41% zu 59%, so beträgt das Verhältnis Ende 2005 45% zu 55%.

Nord-Süd-Gefälle bei den Fremdunterbringungsquoten

Setzt man die erfassten 112.170 familienersetzenden Hilfen ins Verhältnis zur altersentsprechenden Bevölkerung, so resultiert daraus eine Fremdunterbringungsquote von 64 Maßnahmen pro 10.000 junger Menschen im Alter von unter 21 Jahren. Das entspricht in etwa

Abb. 1: Veränderungen im Leistungsspektrum erzieherischer Hilfen (Deutschland; 1995, 2000, 2005; in %; Aufsummierung der andauernden und beendeten Hilfen)¹



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

den Inanspruchnahmewerten der Jahre 1995 und 2000.

Diese Inanspruchnahme wird bestimmt von erheblichen regionalen Disparitäten. So ist die Fremdunterbringungsquote in Ostdeutschland nach wie vor höher als im Westen, in nördlichen Bundesländern höher als in den südlichen. Und sie variiert bei einem Vergleich der Flächenländer zwischen 47 Hilfen pro 10.000 der unter 21-Jährigen in Bayern und 92 in Brandenburg.

- Der Rückgang der familienersetzenden Hilfen resultiert aus den Veränderungen bei der Heimerziehung. Die Vollzeitpflege steigt indessen.
- Im Norden Deutschlands sind mehr junge Menschen »fremduntergebracht« als im Süden, im Osten mehr als im Westen.
- Die Profilveränderung der Hilfen zur Erziehung zu einem ambulanten, vor allem Familien unterstützenden Angebot setzt sich weiter fort.

Doch die Unterschiede zwischen den Bundesländern (ohne Stadtstaaten) beschränken sich nicht nur auf die Höhe der Inanspruchnahme, sondern gelten auch für die Gewichtung von Vollzeitpflege und Heimerziehung. Liegt der

¹ Für das Fallzahlenvolumen insgesamt werden in diesem Fall nicht nur die am Jahresende andauernden, sondern wird – außer für die Erziehungsberatung – die Summe der am Jahresende 2005 andauernden sowie der innerhalb des Erhebungsjahres beendeten Hilfen berücksichtigt. Für die Erziehungsberatung werden nur die beendeten Hilfen erfasst. Bei der sozialpädagogischen Familienhilfe werden hier nicht die Hilfen, sondern die Zahl der Kinder, die in den entsprechenden Familien leben, berücksichtigt.

Anteil der Vollzeitpflege an allen Fremdunterbringungen in Schleswig-Holstein bei über 60%, so ist das Verhältnis in Ländern wie Niedersachsen oder auch Baden-Württemberg und Bayern nahezu ausgeglichen. Noch nicht mal 40% Vollzeitpflege weisen hingegen die Bundesländer Brandenburg, Hessen oder auch Thüringen aus.

Deutlich wird hier der regional unterschiedliche Stellenwert der Vollzeitpflege. Auf Grund dieser

Ergebnisse deutet sich an, dass die Etablierung der Vollzeitpflege als Option für Kinder, bei denen eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung durch die Eltern nicht mehr gewährleistet werden kann, auf unterschiedlichem Niveau vorangeschritten ist. Nicht zuletzt liegt dies auch an der nach wie vor bestehenden Schwierigkeit von Jugendämtern, Pflegeeltern zu gewinnen.

Verschiebungen im Spektrum erzieherischer Hilfen

Angesichts der rückläufigen Zahl familienersetzender Maßnahmen resultieren die nach wie vor steigenden bundesweiten Fallzahlen für die Hilfen zur Erziehung seit Beginn dieses Jahrzehnts nicht länger aus einem Anstieg sämtlicher Hilfearten. Getragen wird die zwischen 2000 und 2005 zu konstatierende Fallzahlzunahme insgesamt (von ca. 571.000 auf 642.000 Leistungen¹) vielmehr von den familienunterstützenden und -ergänzenden Leistungen einschließlich den Beratungshilfen und hier insbesondere durch die sozialpädagogische Familienhilfe.

Mehr noch: Mit den Entwicklungen des Jahres 2005 setzt sich der relative Bedeutungsverlust familienersetzender Maßnahmen im Kanon der Hilfen zur Erziehung weiter fort. Betrug 1995 der Anteil der Unterbringungen außerhalb der Herkunftsfamilie an allen Leistungen der erzieherischen Hilfen noch 32%, so beläuft sich dieser Wert im

Jahre 2005 nur noch auf 23% (vgl. Abb. 1). Das Profil der Hilfen zur Erziehung verändert sich somit kontinuierlich hin zu einem niedrigschwelligem, die Familien vor allem unterstützenden Angebot der Kinder- und Jugendhilfe. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig, aber nicht zuletzt auch bei entsprechenden Steuerungsstrategien von Jugendämtern für die Hilfen zur Erziehung und deren offensichtlicher Umsetzung zu suchen.

Sandra Fendrich/Jens Pothmann

Bestandsfortschreibung gescheitert – Ab 2007 jährliche Stichtagserhebung
Die bei den Jugendämtern erhobenen Bestandsdaten zum 31.12.2005 belegen ein weiteres Mal, dass die maschinelle Fortschreibung des Bestandes zu den Hilfen gem. §§ 32 bis 35 SGB VIII, und damit auch zur Vollzeitpflege und zur Heimerziehung, ein zumindest für die Kinder- und Jugendhilfe nicht praktikables Erhebungsverfahren ist. So rechnen Kolvenbach/Taubmann (2006) vor, dass das Fortschreibungsergebnis für das Jahr 2005 um etwa ein Drittel höher liegt als das Volumen der am Jahresende tatsächlich gemeldeten Hilfen. Anders formuliert: Nach fünf Jahren maschineller Fortschreibung der Bestandsdaten zum 31.12.2000 ist Ende 2005 in etwa jeder dritte Fall auf Grund einer seither nicht erfolgten oder einer nicht zuzuordnenden Abmeldung eine »Karteileiche«. Wie bereits 1995 und 2000 fällt der »Fortschreibungsfehler«, ohne hier auf die Zahlen im Einzelnen einzugehen, bei der Heimerziehung stärker ins Gewicht als bei der Vollzeitpflege, fällt er bei den über 18- deutlicher als bei den unter 18-Jährigen aus. Zudem zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Für die Heimerziehung lassen sich so erhebliche Differenzen zwischen Flächenländern und Stadtstaaten ausmachen. Während in Berlin und Hamburg bei der Bestandszählung zum 31.12.2005 jeweils deutlich über 40% weniger Hilfen erfasst als rechnerisch ermittelt werden, liegt dieser Wert für Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen bei etwas mehr als 20%, für Sachsen sogar »nur« bei 16%. Dieses Zeugnis einer in den letzten Jahren immer schlechter werdenden Datenqualität war angesichts der Erfahrungen mit der maschinellen Fortschreibung seit Anfang der 1990er-Jahre nicht anders zu erwarten. Überraschend ist allerdings, dass die Abweichungen nicht konstant geblieben oder gar zurückgegangen sind, sondern deutlich zugenommen haben. Dies bestätigt einmal mehr die Entscheidung des Gesetzgebers, ab dem Erhebungsjahr 2007 für alle Leistungen der Hilfen zur Erziehung den Fallzahlenbestand zum Ende eines jeden Jahres bei den Jugendämtern zu erheben (vgl. Kolvenbach in diesem Heft).

Neukonzeption der Statistik zu den Hilfen zur Erziehung ab 2007

Am 01.10.2005 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK) in Kraft getreten. Dieses Gesetz enthält u.a. Neuerungen für die amtlichen Statistiken der erzieherischen Hilfen und der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche. Ab 2007 werden diese nach einem neuen Konzept erhoben (vgl. Kolvenbach/Taubmann 2006). Wichtige Aspekte sind die Zusammenfassung von Erhebungsteilen, der Wegfall von Erhebungen, eine Überarbeitung des Merkmalkatalogs sowie nicht zuletzt die Entlastung der »freien Träger« von der Auskunftspflicht.¹

Was ist neu?

Die bisherige Erhebung »Hilfe zur Erziehung« wird ab Januar 2007 in erweiterter und modifizierter Form unter dem Titel »Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige« fortgeführt. Dabei werden die bisher eigenständigen Erhebungsteile zu den »Institutionellen Beratungen«, der »Betreuung einzelner junger Menschen«, der »Sozialpädagogischen Familienhilfe« und der »Erzieherischen Hilfe außerhalb des Elternhauses« in einem gemeinsamen Fragebogen zusammengefasst.

Ein einheitlicher Fragebogen für die verschiedenen Hilfearten bietet mehrere Vorteile: Für alle Hilfearten liegen vergleichbare Ergebnisse vor, die Statistischen Ämter und die Auskunftgebenden müssen nicht mehr mit unterschiedlichen Fragebögen arbeiten, für die Verarbeitung der Daten in den Statistischen Ämtern wird nur noch ein EDV-Programm benötigt. Der einheitliche Fragenkatalog erleichtert den Einsatz von EDV-Programmen zur Erfüllung der statistischen Meldepflicht bei den Auskunftgebenden und eröffnet neue Perspektiven für die medienbruchfreie Datenübermittlung an die Statistischen Ämter.

Weitere Aspekte der Neukonzeption sind **erstens** die Überarbeitung und Streichung von Erhebungsmerkmalen, **zweitens** die Änderung der Periodizität und der Wegfall einzelner Erhebungsteile oder auch **drittens** die Erweiterung der Statistik um den Nachweis von Eingliederungshilfen für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche und um »sonstige« erzieherische Hilfen.

Zur Straffung des Frageprogramms wurde auf die Fragen nach einer vorangegangenen Hilfe und dem Schulbesuch bzw. dem Ausbildungsverhältnis zu Beginn und bei Ende der Hilfe verzichtet. Auch die Frage nach der »Hilfekarriere« entfällt zukünftig bei den teilstationären und stationären Hilfen.

Weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf der neuen Erhebungen sowie zu weiteren Änderungen der Kinder- und Jugendhilfestatistik sind erhältlich beim Statistischen Bundesamt, Tel.: 01888 644 8152 oder per E-Mail: jugendhilfe@destatis.de oder im Internet: www.destatis.de >> Sozialleistungen.

Die Frage nach der Staatsangehörigkeit wurde durch die Fragen nach der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils und nach der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache ersetzt. Diese Fragen sind in gleicher Form bereits in die Erhebungen zur Kindertagesbetreuung aufgenommen worden. Weiter wird nach der Intensität der Hilfeleistung gefragt. Mit dem Nachweis der vereinbarten Leistungsstunden bzw. der vereinbarten Leistungstage und der Zahl der Beratungskontakte bei den Erziehungsberatungen kann künftig auch der unterschiedlich hohe Aufwand bei einzelnen Hilfen nachgewiesen werden.

Durch die Vereinheitlichung der Fragebögen liegen künftig auch bei teilstationären und stationären Erziehungshilfeleistungen Angaben über die Gründe der Hilfestellung vor.

Wann wird gemeldet?

Ab 2007 ist wie bisher jede beendete Hilfe zur Statistik zu melden. Daneben werden jedes Jahr für alle Hilfearten die am Jahresende bestehenden Hilfen statistisch erfasst. Die Zahl der begonnenen teilstationären und stationären

Hilfen wird ab 2007 wie bereits bei den ambulanten Hilfen aus diesen beiden Meldungen maschinell ermittelt. Dieses Verfahren vereinheitlicht nicht nur die Meldepraxis für die jeweiligen Hilfearten, sondern stellt auch sicher, dass alle gewünschten Informationen, z.B. über die jeweilige Anzahl und die Dauer der gewährten Hilfen, vorliegen.

Ab 2007 entfällt die eigenständige Erhebung der begonnenen teilstationären und stationären Hilfen. Dies bedeutet eine Verminderung des Meldeaufwands für die Auskunftgebenden und auch einen verringerten Erhebungsaufwand bei den Statistischen Ämtern der Länder. Gleichzeitig fällt ebenfalls die eigenständige Meldung von Unterbringungswechseln bei den stationären Hilfen weg.

Wer wird gefragt?

Ab 2007 melden zu den erzieherischen Hilfen gemäß §§ 27, 29-35a und 41 SGB VIII ausschließlich die Jugendämter zur Statistik. Die Auskunftspflicht der Träger der freien Jugendhilfe in diesem Bereich entfällt. Lediglich bei den Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII werden auch Beratungsstellen in Trägerschaft der freien Jugendhilfe in die statistische Erhebung einbezogen.

Franz-Josef Kolvenbach,
Statistisches Bundesamt

In diesem Heft verwendete Literatur

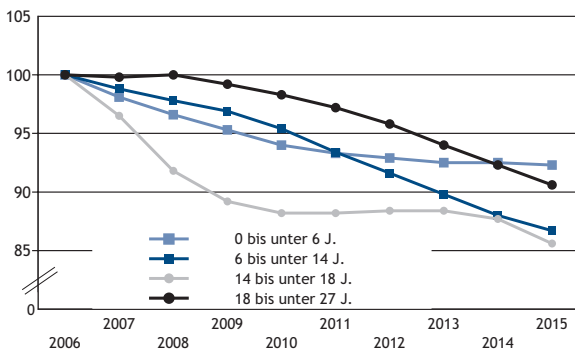
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2005.
- Fendrich, S./Pothmann, J.: Hilfen zur Erziehung – über quantitative Ausweitungen und qualitative Strukturveränderungen, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 2, Weinheim und München 2005, S. 85-107.
- Kolvenbach, F.-J./Taubmann, D.: Statistik der erzieherischen Hilfen neu konzipiert, in: Wirtschaft und Statistik, 2006, Heft 10, S. 1048-1054.
- Schilling, M.: Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Soziologie der Universität Dortmund, Dortmund 2002.
- [StaBa] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006.

¹ Die Neukonzeption der Statistik wurde in einer von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB) eingesetzten Arbeitsgruppe erarbeitet, in der Vertreter/-innen der Obersten Landesjugendbehörden, der Statistischen Ämter von Bund und Ländern, von Verbänden und Organisationen (kommunale Spitzenverbände, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter) sowie Wissenschaft und Forschung mitwirkten.

Weiterer Rückgang junger Menschen

[sf/jl] Im November 2006 hat das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse der inzwischen 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung veröffentlicht. Sie basiert auf dem Bevölkerungsstand zum 31.12.2005 und reicht bis zum Jahr 2050. Frühere Analysen zu den Auswirkungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Kinder- und Jugendhilfe können damit überprüft und angepasst werden.

Abb. 1: Bevölkerungsvorausberechnung in ausgewählten Altersgruppen (Deutschland; 2006 bis 2015; Index 2006 = 100)



Quelle: StaBa: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante V1 W1, 2006; eigene Berechnungen

Die aktuelle Berechnung bezieht im Vergleich zur 10. Bevölkerungsvorausberechnung ein breiteres Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten durch die Verwendung von insgesamt 12 bzw. 15 Varianten ein, die sich in Bezug auf zukünftige Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen und Geburtenrate unterscheiden (vgl. StaBa 2006).

Verwendet man die Variante mit den Annahmen 1,4 Kinder pro Frau und einem erwarteten jährlichen Wanderungssaldo von 100.000, so zeigt sich deutschlandweit für die nächsten Jahre durchgängig ein weiterer Rückgang der jugendhilferelevanten Altersgruppen (vgl. Abb. 1).

Am Auffälligsten ist dabei die sinkende Zahl der 14- bis unter 18-Jährigen um 14,4% bis zum Jahre 2015. Insbesondere bei dieser für die Jugendarbeit und die Hilfen zur Erziehung relevanten Altersgruppe sind für genauere Aussagen zu den Auswirkungen auf

diese Arbeitsfelder noch die Ergebnisse differenziert nach Ost- und Westdeutschland abzuwarten.

Die Zahl der unter 6-jährigen Kinder wird bis 2010 um 6% sinken; vorangegangen war hier bereits ein Minus in den Vorjahren, allein 8% zwischen 2000 und 2005. Ab 2010 folgt eine mehrjährige Phase ohne nennenswerte Veränderungen in dieser Altersgruppe, bevor mit einem weiteren Rückgang der Kinder dieser Altersgruppe zu rechnen ist. Hinsichtlich der Auswirkungen des demografischen Wandels auf

das Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen bedeutet dies, dass hier ein Großteil der mittelfristig zu erwartenden Veränderungen bereits stattgefunden hat.

Welche Unterschiede zeigen sich im Vergleich der aktuellen 11. und der vorangegangenen 10. Bevölkerungsvorausberechnung? Insgesamt wird nunmehr ein stärkerer Rückgang junger Menschen als bislang angenommen. Legt man beispielsweise bei den unter 6-Jährigen die Bevölkerungszahl von 2002 zu Grunde, so hatte die 10. Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 4) bundesweit noch ein Absinken dieser Altersgruppe von 12% bis 2015 angenommen. Demgegenüber lassen die Daten der 11. Bevölkerungsvorausberechnung bereits ein Minus von 15% für diesen Zeitraum erwarten.

Baden-Württemberg: Erste Ergebnisse der neuen »KITA-Statistik«

[kf/ms] Beginnend mit dem Jahr 2006 wird seitens der statistischen Ämter eine jährliche Erhebung aller Kinder, des Personals sowie der Angebotsformen in Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Zurzeit läuft zwar noch die Aufbereitung der erstmals zum Stichtag 15.03.2006 erhobenen Daten auf Bundesebene, für einzelne Bundesländer, z.B. für Baden-Württemberg, lie-

gen jedoch schon erste Eckzahlen vor (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 15.12.2006).

Die Daten erlauben zumindest auf den ersten Blick eine durchaus optimistische Einschätzung der Entwicklung der Kindertagesbetreuung, insbesondere für unter 3-Jährige: Standen Ende 2002 in Baden-Württemberg nur 7.200 Plätze für diese Altersgruppe zur Verfügung, nutzten zum Stichtag 15.03.2006 immerhin schon 17.000 unter 3-Jährige ein solches Angebot. Die Versorgungsquote stieg somit von 2,3% auf 5,9% und hat sich immerhin weit mehr als verdoppelt.

Dabei sind die Angaben zur Tagespflege noch gar nicht mit berücksichtigt. Die neu konzipierte amtliche Statistik (vgl. Kom^{Dat} 2/2005) erfasst jedoch die Nutzung dieses Angebots, zu der bislang kaum gesicherte, Regionen übergreifende Daten vorgelegen haben, gleichermaßen. Nach den ersten Erhebungsergebnissen wurden zum 15.03.2006 in Baden-Württemberg 5.300 unter 3-Jährige bei vor allem Tagesmüttern betreut. Die Versorgungsquote liegt damit bei 1,8%. Zählt man die Kinder in der institutionellen Betreuung und in der Kindertagespflege zusammen, kommt man auf eine Versorgungsquote für die unter 3-Jährigen von immerhin 7,7%.

Festzuhalten ist also, dass sich die Betreuungssituation für unter 3-Jährige in Baden-Württemberg in den letzten Jahren verbessert hat – einerseits. Andererseits muss das notwendige »Ausbautempo«, um bis 2010 ein voraussichtlich bedarfsgerechtes Angebot für diese Altersgruppe zu gestalten – nach Berechnungen zum TAG wäre dies einschließlich Tagespflege bei einer Versorgungsquote von ca. 20% erreicht –, deutlich erhöht werden.

Diese ersten Befunde erlauben noch keine Rückschlüsse auf andere westdeutsche oder gar ostdeutsche Bundesländer. Inwieweit die sich hier andeutenden Tendenzen repräsentativ für z.B. Westdeutschland sind, wird sich zeigen müssen, wenn in Kürze auch die Daten für die anderen Bundesländer vorliegen werden.

9. Jahrgang

Herausgeber:

Prof. Dr. Th. Rauschenbach

Redaktion:

Dr. Jens Pothmann

Dr. Matthias Schilling

Sandra Fendrich

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich



Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Universität Dortmund

FB12/Forschungsverbund DJI/UniDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557 o. -5556

Fax: 0231/755-5559

www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind seit 2005 kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Notizen

Literatur

Jordan, E. (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung. Rechtliche Neuregelungen und Konsequenzen für den Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim und München 2006.

Am 01.10.2005 ist das SGB VIII durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) novelliert worden. Eine substantielle Änderung der Rechtsgrundlagen besteht in der Konkretisierung des Schutzauftrages der Kinder- und Jugendhilfe bei Gefährdungen des Kindeswohls. Der vorgelegte Sammelband richtet hierauf seinen Fokus. Analysiert werden im ersten Teil die rechtlichen Neuregelungen im Spannungsfeld von Elternrecht und Garantenpflicht des Jugendamtes, aber auch die sich aus der Novellierung ergebenden Konsequenzen, z.B. für die Kooperation von öffentlichen und freien Trägern. Der zweite Teil fokussiert die Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe und geht auf arbeitsfeldspezifische Anforderungen bei der Umsetzung des Schutzauftrages ein.

Knuth, N. u.a. (Hrsg.): Hinter'm Horizont geht's weiter... Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe, Frankfurt a.M. 2006.

Im September 2005 hat die IGFH ihre Jahrestagung in Dortmund durchgeführt. Der hierzu erschienene Sammelband fasst praktische und konzeptionelle Überlegungen zur Zukunft der Jugendhilfe und insbesondere der Erziehungshilfen zusammen. Neben Beiträgen, die Grundsatzfragen wie die europäische Öffnung oder die Methodenentwicklung in den Blick nehmen, werden Aspekte der Sozialstruktur ebenso behandelt wie Themen der Organisations- und Personalentwicklung. Antworten auf Praxisfragen, z.B. zur Hilfeplanung oder auch zum Gender Mainstreaming, werden in separaten Beiträgen formuliert. Abgerundet wird der Band u.a. von einer alles in allem positiven Zwischenbilanz für die Hilfen zur Erziehung. Dies gilt auch angesichts einer merklichen Verbreiterung des empiri-

schen Wissens über das Feld. Gleichwohl wird auch auf die in Teilen immer noch unzureichende Datenlage hingewiesen, z.B. bezogen auf die Frage nach den Wirkungen von erzieherischen Hilfen.

Statistische Ämter

Das *Statistische Jahrbuch* ist ein, wenn nicht der »Klassiker« unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes. Es ist das umfassendste Nachschlagewerk zur Wirtschafts- und Sozialstruktur der Bundesrepublik. Im September 2006 ist die aktuelle Ausgabe in zwei Bänden erschienen. U.a. werden Eckwerte der Kinder- und Jugendhilfestatistik dargestellt (Band I, Kap. 8). Ausgewählt wurden Daten zu den Hilfen zur Erziehung, zur Jugendarbeit oder auch zu den Adoptionen. Erfreulich ist, dass das Statistische Jahrbuch erstmalig auch kostenlos als Download zur Verfügung steht (www.destatis.de).

Neu aufgelegt hat das Statistische Bundesamt den Flyer »Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland«. Für die Jahre 2004 und 2005 werden aktuelle Daten zu den Hilfen zur Erziehung und den Inobhutnahmen dargestellt und beschrieben. Der Flyer ist unter www.destatis.de → Sozialeleistungen → Kinder- und Jugendhilfe (Fachveröffentlichungen) kostenlos verfügbar.

Neues aus der Arbeitsstelle

Bien, W./Rauschenbach, Th./Riedel, B. (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim 2006.

Die DJI-Kinderbetreuungsstudie, die vom Deutschen Jugendinstitut unter Beteiligung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik durchgeführt wurde, basiert auf einer bundesweiten repräsentativen Elternbefragung. Der hierzu erschienene Sammelband gibt für Fachpolitiker/-innen und andere familienpolitisch Interessierte sowie für Fachpraxis und Ausbildung einen empirisch fundierten umfassenden Überblick zur Betreuungssituation von Kindern in Deutschland (www.dji.de).